

Ring politischer Jugend München (RPJ) - Erhöhung des Zuschusses

Antrag Nr. 14-20 / A 00681 der CSU, SPD, FTB und die Grünen - rosa liste vom 12.02.2015

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03112

1 Anlage

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 01. Juli 2015

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Um gemeinsam die politische Bildung der Jugend zu fördern, antidemokratischen Einflüssen auf die Jugend entgegenzutreten und die aktive Partizipation junger Menschen in politischen Prozessen zu unterstützen, haben sich die Jugendorganisationen der CSU, SPD, FDP und Die Grünen zum Ring politischer Jugend München zusammengeschlossen.

Die genannten Jugendorganisationen haben sich zum Ziel gesetzt, verstärkt junge Menschen in die aktive und verantwortungsvolle politische Mitarbeit einzubeziehen. Nur durch ein verantwortungsvolles Mitwirken der Jugend am politischen Leben kann Demokratie gesichert und eine lebenswerte Zukunft gestaltet werden. Die politische Bildungsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit.

Der Ring politischer Jugend erhält gemäß Stadtratsbeschluss seit 1983 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 78.000,-- DM (39.880,-- Euro).

Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt jeweils nach Antrag der Jugendorganisationen unter Vorlage der einschlägigen Verwendungsnachweise des Vorjahres.

Mit Antrag vom 12.02.2015 beantragen die CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Freiheitsrechte Transparenz Bürgerbeteiligung und die Fraktion Die Grünen - rosa liste eine Erhöhung der Zuschussmittel auf jährlich 50.000,-- Euro.

Die Mittelerrhöhung soll die gestiegenen Kosten der Jugendarbeit auffangen und dient der Sicherstellung dieser wichtigen Aufgaben durch die Jugendorganisationen.

Unter Berücksichtigung des Beschlusses „Haushaltsbeschluss ernst nehmen“ vom 17.12.2014 erfolgt die Mittelerrhöhung ab dem Haushaltsjahr 2016.

II. Antrag des Referenten

1. Der jährliche Zuschuss an den Ring politischer Jugend München (Finanzposition 0000.700.0000.5 Zuschüsse an Verbände; Kostenstelle 10000000) wird ab dem Haushaltsjahr 2016 auf 50.000,-- Euro festgesetzt.
2. Das Direktorium wird angewiesen, die erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung ab 2016 anzumelden.
3. Der Antrag der Stadtratsfraktionen der CSU, SPD, Freiheitsrechte Transparenz Bürgerbeteiligung und Die Grünen - rosa liste vom 12.02.2015 ist somit geschäftsordnungsmäßig erledigt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss nach Antrag

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Der Referent

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

- III. Abdruck von I. mit II.
über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

IV. Wv. Direktorium - Geschäftsleitung

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An D - R**
CSU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion Freiheitsrechte Transparenz Bürgerbeteiligung
Fraktion Die Grünen - rosa liste
z. K.

Am